

ANFRAGE von Mario Senn (FDP, Adliswil), Philipp Müller (FDP, Dietikon) und Marc Bourgeois (FDP, Zürich)

Betreffend Niederschwellige Eltern-Information über die finanziellen Auswirkungen von
Teilzeitarbeit

Im Rahmen einer Studie hat die Ökonomin Michaela Slotwinski Lehrerinnen mit Kindern nach den Gründen für ihre Teilzeitpensen befragt (vgl. <https://sozialesicherheit.ch/de/fur-mutter-ist-eine-scheidung-ein-riesenrisiko/?idU=2>). Es zeigt sich, dass langfristige finanzielle Auswirkungen wenig bekannt sind und entsprechend bei der Pensumswahl eine geringe Rolle spielen. Interessant sind deshalb die Studienerkenntnisse zur Frage, ob ein besserer Wissensstand über die Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf die soziale Sicherheit zu einer Pensenerhöhung und einer besseren langfristigen Absicherung führt.

Ein Teil der Studienteilnehmerinnen wurde mit Informationsvideos und mit einem „Zukunftrechner“ auf finanzielle Auswirkungen eines tiefen Pensums hingewiesen. Die Studie ergab, dass Frauen, welche diese Informationen erhalten haben und zu Beginn wenig über die finanziellen Auswirkungen wussten, ihr Beschäftigungsniveau im nächsten Jahr im Vergleich zu den Frauen ohne zusätzliche Informationen um durchschnittlich 6 Prozent erhöhten. Dies entspricht einer Pensumserhöhung um etwa einen halben Tag pro Woche.

Eine solche Pensenerhöhung reduziert die Einkommenseinbusse aus Teilzeitarbeit, was sich mittel- und langfristig positiv auswirkt: Einerseits reduzieren sich finanzielle Risiken im Falle einer Scheidung, andererseits erhöht sich die Altersrente. Natürlich profitieren davon auch Kanton und Gemeinden, indem die Wahrscheinlichkeit für eine Sozialhilfeabhängigkeit oder für den Bezug von Ergänzungsleistungen sinkt. Zudem wird dem Mangel an Fachkräften entgegengewirkt. Entsprechend sollten Eltern auf einfache Weise auf die finanziellen Folgen einer Pensumsreduktion hingewiesen werden.

Gleichermassen wäre es sinnvoll, auf die langfristigen Folgen und Risiken eines vollständigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt hinzuweisen.

Staatliche Stellen versorgen, teilweise in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, Eltern nach der Geburt (und auch später) über verschiedene Kanäle mit wichtigen Informationen (z.B. Schreiben der Mütter- und Väterberatung), entsprechend gäbe es mehrere Anknüpfungspunkte, um Eltern bspw. mit der Zugabe einer einfach gestalteten Broschüre auf die finanziellen Folgen von Arbeitspensumsentscheidungen hinzuweisen.

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Erkenntnisse der erwähnten Studie von Frau Slotwinski im Hinblick auf die soziale Absicherung, Gleichstellung und Fachkräftemangel?
2. Inwiefern sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, Eltern bei der Geburt und auch später mit der Zustellung von Broschüren oder einem anderweitigen Informationsangebot auf die finanziellen Auswirkungen einer Arbeitszeitreduktion bzw. eines vollständigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt aufmerksam zu machen?
3. In welchem Umfang könnten dazu die bestehenden Informationskanäle der Gemeinden, der Schulen und des Amts für Jugend und Berufsberatung genutzt werden?
4. Wie informiert der Kanton als Arbeitgeber seine Mitarbeitenden bei Beginn einer Elternschaft über die finanziellen Auswirkungen einer Pensumsreduktion bzw. eines Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt?

5. Inwiefern kann sich der Regierungsrat vorstellen, die Arbeitgeberverbände in ein solches Informationsangebot einzubeziehen?

Mario Senn
Philipp Müller
Marc Bourgeois